



HAUSHALTSREDE DER WEINGARTENER BÜRGERBEWEGUNG 13. Februar 2006

\\....\ wbb / WBB-HHrede2006.doc

Stellungnahme der Weingartener Bürgerbewegung (WBB) zur Verabschiedung des Haushaltsplanes 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Bürgerinnen und Bürger Weingartens,

die Gewähr langfristiger Sicherheit ist wesentliches Merkmal einer guten und erfolgreichen Politik. Nur unter verlässlichen Rahmenbedingungen gedeihen Optimismus und Investitionsbereitschaft. Diese sind wiederum unerlässlich für das Funktionieren der Wirtschaft und ein intaktes gesellschaftliches Klima. Wer nur den Augenblick sieht und die Zukunft gedanklich ausblendet, ist politisch zum Scheitern verurteilt. Doch was bringt uns die Zukunft? Mit deren Erforschung ist eine Unzahl von Statistik-, Wirtschafts- und Prognoseinstituten beschäftigt. Sie alle leisten jedoch nicht mehr, als in der Antike das Orakel schon vermochte – sie können Recht oder Unrecht haben. Ersetzen können sie alle nicht die Intuition, das Gespür und auch nicht die glückliche Hand, Attribute, die jeden erfolgreichen Politiker oder Manager schon immer begleitet haben.

Was bringt die Zukunft? Auch wenige Monate nach Zustandekommen einer großen Koalition gehen die Meinungen wie immer auseinander. Die einen sehen robustes Wachstum, die anderen überall Risiken. In dieser Stimmenvielfalt fällt jedoch auf, dass die Aussichten für das begonnene Jahr durchaus positiv beurteilt werden. Für 2007 äußert man sich dagegen skeptisch. Ist das Jahr 2006 ein Strohfeuer, das sich von vorgezogenen Investitionen und Anschaffungen angesichts einer angekündigten Mehrwertsteuererhöhung ernährt? Oder ist der Auftrieb stark genug, um eine solche bevorstehende Belastung zu verkraften? Dies wissen wir nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Unsere Aufgabe ist es aber dennoch, mit unserem Haushaltsplan für das Jahr 2006 und unserer Finanzplanung für die kommenden Jahre für beide Eventualitäten gerüstet zu sein. Doch leider werden wir diesem Anspruch mit unseren Weichenstellungen nicht im Mindesten gerecht.

Die Haushaltsberatungen im vergangenen Dezember wurden unter einem ganz besonderen Vorzeichen geführt. Offiziell zwar losgelöst von dem Vorhaben eines Kooperationsvertrages mit der SV Germania zum Neubau einer Sport- und Kulturhalle, gleichzeitig aber eng damit verbunden, wurde eine ganze Reihe von Spar-, Umschichtungs-, Gebühren- und Steueranpassungsbeschlüssen gefasst. Allein deren Erläuterung würde den Zeitrahmen dieser Rede sprengen. Noch heute befallen uns



Zweifel, ob es richtig war, Kürzungen bei der Familienförderung zugunsten des Hallenneubaus vorzunehmen. Deutlich abgelehnt haben wir den Stellenabbau im Bauhof, wo wir doch gleichzeitig eine Fülle unerledigter Aufgaben in unserer Gemeinde und auf unserer Gemarkung wahrnehmen.

Der Anpassung der Grundsteuer konnten wir zustimmen. Die Erhöhung der Gewerbesteuer um 20 Punkte halten wir dagegen für äußerst riskant, denn schließlich wissen wir alle, dass die Parole „Im Westen nichts Neues“ auch heute noch in Weingarten gilt: An der stagnierenden Vermarktung der Gewerbegebiete westlich der Bahn konnte bislang noch kein von heftigem Trommelwirbel begleitetes Kooperationsabkommen mit der Stadt Karlsruhe etwas ändern. Überkapazitäten, ungünstige Verkehrsanbindung und hohe Bodenpreise machen unsere Flächen schon seit ihrer Erschließung zum Ladenhüter, und somit beantwortet sich die Frage nach dem Sinngehalt einer Gewerbesteuererhöhung fast von selbst. Mit dem Verzicht auf vergleichsweise niedrige Hebesätze geben wir eines unserer wenigen Verkaufsargumente leichtfertig aus der Hand. Damit sind wir der im Vorbericht des Haushaltsplanes für das Jahr 2007 avisierten Kreditaufnahme in Höhe von 1,8 Mio. € zur Rückübernahme der Flächen einen deutlichen und schmerzhaften Schritt näher.

War es von Ihnen, Herr Bürgermeister Scholz, genügend haushaltspolitische Vorsicht, die Zustimmung zur Kooperation mit der SV Germania an die Bedingung zu knüpfen, dass zwei Drittel der jährlichen Kosten, also rund 100.000 € im laufenden Gemeindebetrieb einzusparen seien? Reicht die Umschichtung von 100.000 € aus, um den langfristigen Ausgleich des Verwaltungshaushalts überhaupt sicherzustellen? Bei der Beantwortung dieser Frage möchten wir uns nicht im Gestrüpp der Tatsachen verstecken. Es ist richtig, dass wir als erste Fraktion im Jahre 2000 Defizite in der Hallenkapazität zum Thema gemacht haben. Richtig ist aber auch, dass für Sie in den Jahren davor und auch heute noch Bevölkerungswachstum oberste Priorität hat. Eine Infrastruktur muss mit dem Zuzug junger Familien Schritt halten. Ebenfalls ist anzumerken, dass in den Jahren vor 2000 Zuführungsraten in der Höhe von 1,0 Mio. € die Regel waren. Seither haben die Gemeindefinanzen einen regelrechten Absturz erlebt. Angesichts dieses Einbruchs hatte unsere Fraktion den Gemeinderatsbeschluss, den sogar von den kommunalen Beratern der KE als dringlich eingestuftem Sporthallenneubau vorerst auszusetzen, zugunsten der Sanierung unserer Walzbachhalle akzeptiert. Noch darüber hinausgehend hatten wir bereits im Jahre 2001 die Umwandlung des Hallenbades in eine Halle für leichte Sportarten und kulturelle Nutzung gefordert. Doch nun geschieht plötzlich das Gegenteil dessen, was die Vernunft gebot – die Gemeinde finanziert eine neue Halle in 26 Jahresraten. Gleichzeitig wird die Sanierung der Walzbachhalle zum guten Teil auf das Jahr 2010 ff verschoben.



Bei soviel Hin und Her ist Skepsis wohl erlaubt. Ganz ohne Zweifel hat das Kooperationsmodell mit der SV Germania viele Vorteile. Eine von der Gemeinde durchgeführte Studie zeigt, dass eine tatsächliche Nachfrage nach Trainingsmöglichkeiten besteht und bestätigt somit die bereits im Jahre 2000 von der WBB getroffene Feststellung eines Defizits an Hallenkapazität. Die Sanierung der Walzbachhalle kann bei Vorhandensein einer weiteren Halle leichter und zügiger durchgeführt werden. Und nicht zuletzt stellt die Kooperation mit der SV Germania für die Gemeinde einen Befreiungsschlag dar: Durch die Schaffung von Räumlichkeiten für kulturelle Nutzung verlieren E-Bau-Aufstockung oder Aulaerweiterung an Dringlichkeit. Versteht man den Verzicht auf die Aufstockung nicht als Absage an die Ganztageschule, kann die WBB-Fraktion diese Sichtweise auch teilen.

Trotz dieser positiven Aspekte ist die innerhalb weniger Wochen vorangetriebene Entscheidung mit manchem Nachteil verbunden. Gerade weil sich unsere Gemeinde finanziell auf dünnem Eis bewegt muss die Finanzlast zwischen Verein und Kommune fair und transparent verteilt sein. In dieser Hinsicht hat sich in den letzten Wochen noch einiges zum Positiven hin bewegt. Es muss uns auch bewusst sein, dass wir seit Jahren die finanzielle Förderung von Vereinsinvestitionen ausgesetzt haben – somit darf ein Verein, auch wenn seine Initiative noch so lobenswert ist, im Vergleich zu den anderen nicht privilegiert werden. Mit diesen Forderungen haben wir uns in bestimmten Kreisen vermutlich keine Freunde gemacht. Doch haben wir gleichzeitig in der zurückliegenden Debatte um das Germania-Projekt zwischen Gemeinwohl und Vereinswohl sorgfältig zu unterscheiden versucht und uns dem ersteren stets verpflichtet gefühlt. Dass im Ringen um die Ringerhalle gelegentlich Jacke und Hemd verwechselt wurden entschuldigen wir mit der emotionalen Komponente, die mit dem Thema Sport zwangsläufig verbunden ist. Erlaubt sei jedoch der Hinweis, dass sich jeder Gemeinderat für befangen erklären darf, wenn er sich nicht frei in seiner Entscheidung fühlt.

All dies sind jedoch Nebensächlichkeiten im Vergleich zu dem Kardinalfehler, der bei der Standortwahl geschehen ist. Nach wie vor sind wir der Ansicht, dass die neue Germania-Halle direkt neben die Walzbachhalle gehört und fragen uns, wie ein Bürgermeister und ein Gemeinderat, die seit Jahren von Städteplanern beraten werden, ihre Sportstätten nach dem Zufallsprinzip anordnen können, wenn sich die Chance ergibt, diese zu bündeln. Wie kann eine Gemeinde, die schon Spielplätze verkauft, um ihre Investitionen zu bestreiten, auf die Refinanzierung des Germania-Projekts durch die Veräußerung der Fläche beim Feuerwehrhaus verzichten? Und wie kann ein Bürgermeister, der Fernwärme an die Bewohner und Nutzer des Rathausecks liefert, doch tatsächlich behaupten, dass eine Verbrauchsabrechnung zwischen der Walzbachhalle und einer dort angegliederten Germaniahalle unmöglich sei? Eine



solche Entscheidung kann eigentlich nur treffen, wer das Absurde liebt oder die Zukunft mental bereits ausgeblendet hat – so, wie es auch bei der Entscheidung zur Freibadverlagerung der Fall war.

Natürlich möchten wir die Freibadverlagerer in diesem Gremium nicht schon wieder mit unseren Argumenten gegen dieses Vorhaben traktieren. Gleichwohl muss aber, nachdem die von uns allen als vordringlich eingestufte Sanierung der Walzbachhalle von der Prioritätenliste verschwindet, folgende Frage erlaubt sein: Wenn wir es schon nicht schaffen, aus eigener Kraft die Walzbachhalle instandzuhalten, womit finanzieren wir dann mittelfristig eine Instandsetzung unseres seit 15 Jahren in Betrieb befindlichen Hallenbades? Für dieses existiert nach Aussage von Fachingenieuren bereits jetzt kein ordentlicher Wartungsplan, sondern wir betreiben es nach dem Grundsatz: „Mal sehen, wie lange es läuft“! Ein funktionsfähiges Hallenbad ist jedoch das tragende Element der Freibadverlagerung. Gelingt es uns nicht, dieses auch auf lange Sicht in Betrieb zu halten, ist jeder Euro, der in den nächsten Wochen im südlichen Anschluss an das Hallenbad verbaut wird, ein Fall für den Rechnungshof.

Nachdem wir uns nun so lange im Bereich der Freizeit aufgehalten haben, möchten wir uns endlich wieder ernsteren Dingen zuwenden. Dazu gehört zweifellos die Schule. Obwohl in diesem Haushaltsplan noch keine Mittel eingestellt sind, nehmen wir mit Genugtuung Signale wahr, dass die Gestaltung des Schulumfelds nach Jahren der Stagnation wieder in Angriff genommen werden soll. Dieser erneute Anlauf ist überfällig, denn das Umfeld der Schule ist in der Tat kein Ort, an dem das Pausenbrot schmeckt.

Positiv vermerken wir auch den Haushaltsansatz von 100.000 € zur Instandsetzung unserer Feld- und Wirtschaftswege, betonen aber gleichzeitig, dass die Reparatur schadhafter Wege den Zustand unserer Gemarkung kaum wahrnehmbar verbessert. Es wird wohl traurige Wahrheit bleiben, dass der von Süden kommende Besucher unserer Gemeinde von einer Hüttenlandschaft begrüßt wird, die er in dieser Form eher in den Favelas einer südamerikanischen Großstadt als am Rande einer nordbadischen Gemeinde erwartet hätte. Unser Gewinn „Im Grohmen“ unterscheidet sich vom Gelände des Kleingartenvereins im Grunde nur noch dadurch, dass letzteres gepflegt ist und über eine Gaststätte verfügt. Vor zwei Jahren wurde die Verwaltung beauftragt, die Besitzer aufgelassener Weinberge wegen drohender Infektionsgefahren zur Rodung ihrer Flächen aufzufordern – heute wuchern mehr Brombeeren über Rebzeilen, als dies bei unserer Antragstellung noch der Fall war, und wir fragen uns, ob unter solchen Umständen ein „Weingärtener Weinwandertag“ dem Renommee unserer Gemeinde überhaupt noch zuträglich ist. Muss der Schwarzwaldverein seine Weinwanderer schon bald mit Buschmessern ausstatten? Fast schon resigniert



lesen wir im „Badischen Winzer“ eine Feststellung, die Landwirtschaftsminister Peter Hauk beim Abschluss einer Rebflurneuordnung im Kaiserstuhl getroffen hat: „ Die Rebflurneuordnung ist aktive Zukunftssicherung für unsere Weinbaubetriebe und erhält unsere Kulturlandschaft so, wie wir sie alle kennen und schätzen. Ökonomie und Ökologie gehen hier Hand in Hand.“

Vergleichen wir dann noch die 100.000 € Eigenbeteiligung der Kaiserstuhlgemeinde an der Neuordnung einer 19 Hektar umfassenden Rebfläche mit den Unsummen, die wir in den letzten Jahren für eine weitgehend wirkungslose Gewerbeförderung ausgegeben haben, wird deutlich, dass hier eine falsche Schwerpunktsetzung erfolgt. Nachdem die vorgeschlagenen freiwilligen „Insellösungen“ den Verfall unserer Reblagen nicht aufhalten können, wird unsere Fraktion die Durchführung einer Rebflurneuordnung erneut zum Antragsgegenstand machen. Sie, Herr Bürgermeister Scholz, können mit der Einleitung des Flurneuordnungsverfahrens den Beweis erbringen, dass Weingartener Boden auch dann für Sie interessant ist, wenn er nicht für bauliche Zwecke geeignet ist. Und vielleicht bereitet Ihnen die Neuordnung des Petersbergs zur Schaffung zeitgerechter weinbaulicher Strukturen ja sogar soviel Freude, dass Ihnen die Umlegung des Kirchbergs dann gar nicht mehr so wichtig erscheint.

Betreiben wir mit unserem Haushaltsplan, wie Herr Minister Hauk so schön formuliert hat, „aktive Zukunftssicherung“? Diese Frage haben wir in ähnlicher Form eingangs gestellt, und kommen zu dem Ergebnis, dass Risiken und Gefahren überwiegen. Die Verwaltung selbst bezeichnet den Verwaltungshaushalt in ihrem Vorbericht als „ertragslos“. Selbst die schon berücksichtigten Einsparungen durch die Schließung des Freibads konnten daran nichts ändern. Der Haushaltsausgleich gelingt nur durch einen positiven Ansatz der Gewerbesteuererinnahmen. Dessen Realisierung erscheint dieses Jahr möglich, bei einer Eintrübung der Konjunktur – und auch diesen Fall müssen wir berücksichtigen - jedoch auf Dauer unrealistisch. Gleichzeitig kommen mit der Inbetriebnahme des Kinderbeckens beim Hallenbad, mit der drohenden Rücknahmeverpflichtung der Gewerbeflächen, mit den Miet- und Betriebskosten für die Germaniahalle und mit den ersten Schritten zur Sanierung der Walzbachhalle neue Belastungen und Unwägbarkeiten auf uns zu. Vollends ernüchternd wirkt jedoch der Blick in die mittelfristige Finanzplanung: Geradezu systematisch wird unsere noch vorhandene allgemeine Rücklage in Höhe von jetzt noch 1,5 Mio. € bis zum Jahre 2009 auf den gesetzlichen Mindestwert abgeschmolzen. Wesentliche Sanierungsmaßnahmen der Walzbachhalle werden auf das magische Datum „2010 ff“ verschoben. Sie befinden sich damit in derselben Rubrik wie die zweite Ausbaustufe der Freibadverlagerung, an die außer einigen Mitgliedern einer großen Gemeinderatsfraktion ohnehin in Weingarten niemand glaubt. Was wir noch zu verkaufen haben,



wird bis dahin zu Geld gemacht sein. In diesem Szenario ist die Nachricht, dass der Fortbestand des HL-Marktes nun bis zum Jahre 2010 garantiert wird, nur ein kleiner Hoffnungsschimmer. Doch was kommt danach?

Es wäre nun sicher dürftig konstruiert, mit unserem Votum gegen die Gewerbesteuererhöhung oder die mittlerweile begonnene Freibadverlagerung eine Ablehnung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs zu begründen. Wir waren bei den Haushaltsberatungen mit dabei und haben in einer teilweise hitzigen Debatte unsere Bedenken und Zweifel an mancher Einzelentscheidung vorgetragen. Insgesamt nehmen wir den vorgelegten Haushaltsplan als Resultat zweier Jahrzehnte kommunaler Politik wahr, die nur in den seltensten Fällen die unsere war. Wir hätten vieles anders gemacht, haben vor vielem gewarnt, was uns heute belastet, und das, was wir wollten, hat kaum Eingang in den „offiziellen Regierungskurs“ gefunden. Dabei hatten unsere Bedenken mit Pessimismus nichts zu tun. Brachliegende Gewerbeflächen, eine immer noch zum Teil leerstehende Rathausplatzbebauung, ein Investor, der der Gemeinde buchstäblich diktiert, wie hoch und wie dicht er das Freibadgelände zu bebauen wünscht und ein gescheitertes Gemeindeentwicklungs- und Verkehrskonzept sind anschauliche Beispiele dafür, dass nicht alles, wofür sich spontan eine Mehrheit findet, der Gemeinde zwangsläufig Nutzen bringt. Gerade die näher rückende Entscheidung zum Bebauungsplan „Kirchberg-Mittelweg“ könnte für alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Gremium die Gelegenheit sein, in Ruhe und für sich zu überlegen, welche Gestalt das Hintergrundbild unserer Gemeinde in Zukunft haben soll. Es wäre eine fatale Entwicklung, wenn ähnlich wie bei der zukünftigen Bebauung des Freibadgeländes allein monetäre Aspekte dabei Berücksichtigung fänden.

Unsere Stimmenthaltung bei der Verabschiedung des diesjährigen Haushaltsplanes ist daher keinesfalls als Ausdruck der Unentschlossenheit zu werten. Sie steht vielmehr für die Diskrepanz, die sich zwischen der Politik, die wir uns wünschen und dem, was geschieht, immer mehr auftut. Ganz konkret sehen wir diese Gemeinde durch ihr Festhalten an einem kostenintensiven Hallenbadbetrieb finanziell stranguliert und zum Vollzugsgehilfen von Investorenwillkür und monetären Zwängen degradiert. Dem Wirtschaftsplan für die Wasserversorgung erteilen wir unsere Zustimmung. Wir danken all denen, die im vergangenen und begonnenen Jahr mit Händen, Herz und Verstand für Weingarten tätig waren, und hoffen zusammen mit allen, die für diese Gemeinde Verantwortung tragen, auf eine Fortdauer der positive Signale, die unsere Wirtschaft und Konjunktur zum Jahresbeginn 2006 aussenden.

(gehalten von Matthias Görner)